



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 29. Januar 2020

Band 15, Ausgabe 2

## Themen

- **Wirtschaft**
- **Bauen und Wohnen**
- **Verwaltung**
- **Landwirtschaft**

«Hier wird David gegen Goliath stärker gemacht.»

(Bundesagrarministerin Julia Klöckner (CDU) am Mittwoch im Bundestag bei der ersten Lesung eines Gesetzentwurfs, der Landwirte vor unfairen Praktiken der Handelsrie- sen schützen soll)

### In dieser Ausgabe:

- Transatlantische Beziehungen stärken 2
- Bauland mobilisieren 2
- Registermodernisierungsgesetz beschlossen 3
- Für fairen Handel 3
- Überbrückungshilfe III 4

## Verantwortung übernehmen

Die Unionsfraktion steht für die Bereitschaft, auch in schwierigen Zeiten Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Wir wirken mit 246 Abgeordneten in den Wahlkreisen, wir führen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen, in Schulen, bei Gesundheitsämtern und Vereinen, mit

Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger ist unser wichtigstes politisches Kapital. In einer Jahrhundert-Pandemie müssen daher alle Verantwortlichen in Ge-



den Medien, wir diskutieren in den eigenen Familien, mit Verwandten, Freunden und Bekannten. Die Kommunikation in die Breite der Gesellschaft ist eine unserer großen Stärken. Und wir bringen konkrete Verbesserungsvorschläge aus diesen Gesprächen mit in die Sitzungswochen in Berlin. Unserer Führungsverantwortung als größte Fraktion im Deutschen Bundestag gerecht zu werden, heißt zweierlei: Dort, wo es nötig ist, nachsteuern. Probleme müssen offen benannt und angegangen werden. Gleichzeitig wollen wir aber auch dafür sorgen, dass die Menschen in der Krise ihre Zuversicht und ihren Optimismus behalten.

meinden, Ländern, Bund und Europäischer Union an einem Strang ziehen. Bei allen Schwierigkeiten, die diese Abstimmung mit sich bringt, dürfen wir unser Ziel nie aus dem Blick verlieren: Es geht darum, Menschenleben zu schützen und die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise soweit wie möglich abzumildern. Wir wollen, dass Deutschland zügig und mit Schwung aus der Krise kommt. Dafür brauchen wir ein konstruktives Miteinander auf allen Ebenen und von allen Beteiligten. Das ist nicht immer einfach – hier ist viel Luft nach oben, noch besser zu werden.

Die Bundesregierung hat zugesagt, den Zugang zu den Wirtschaftshilfen weiter zu vereinfachen, Investitionen in Online-Shops zusätzlich zu fördern und Auszahlungssummen zu erhöhen. Angesichts der existentiellen Bedeutung der Hilfen für viele Betriebe dauerte die Anlaufphase leider viel zu lange. Eine schnelle beihilferechtliche Prüfung durch die EU-

Kommission sollte Hand in Hand gehen mit schneller Umsetzung durch Förderbanken, Kammern und sonstigen Bewilligungsstellen. Das wird unser Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier in seiner Regierungserklärung zum



Jahreswirtschaftsbericht 2021 noch einmal unterstreichen.

In dem vergangenen Treffen der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder wurde außerdem eine verbesserte steuerliche Abschreibung von digitalen Wirtschaftsgütern beschlossen. Wir verfolgen dieses Ziel bereits seit Langem und werden die weitere Umsetzung eng begleiten.

## Transatlantische Beziehungen stärken

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind der wichtigste Partner Deutschlands außerhalb Europas. Die außenpolitischen, sicherheitspolitischen, wirtschaftspolitischen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA sind unersetzlich. Nur gemeinsam als transatlantische Partner USA, Kanada und Europa haben wir die Kraft und die Hebel, die Entwicklung der Welt in unserem Sinne zu gestalten: die Wahrung der Demokratie als freiheitlicher Regierungs- und Gesellschaftsform; die Verteidigung der internationalen werte- und regel-basierten Ordnung; eine nachhaltige, globale Entwicklung im Einklang mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Weltgemeinschaft; die Stärkung des freien, regelbasierten Welthandels sowie die wirksame Bekämpfung des Klimawandels. Ein vitales, vertrauensvolles transatlantisches Bündnis auf Augenhöhe ist

auch künftig ein zentraler Garant dafür, dass wir auch in Zukunft in Freiheit, Frieden und Wohlstand leben werden.

Die Welt hat sich in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verändert. Dies hat auch Auswirkungen auf die Ausgestaltung unserer transatlantischen Partnerschaft. Die USA entwickeln sich demographisch weiter weg von ihren europäischen Wurzeln. Und die große Dynamik der politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in Asien fordern die USA als pazifische Macht heraus. Zwar sind auch wir durch die Entwicklung in Ost- und Südostasien gefordert. Doch zuletzt stellten sich für uns die zentralen kurzfristigen Herausforderungen vor allem in unserer unmittelbaren Nachbarschaft - in Osteuropa, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika. Um auch in Zukunft die internationale werte-

und regel-basierte Ordnung, das Fundament unseres internationalen Daseins und der Garant unseres Friedens, erhalten und an neue Realitäten in unserem Sinne anpassen zu können, bedarf es einer neuen transatlantischen Arbeitsteilung, in der Deutschland und die EU mehr Verantwortung übernehmen, auch um unsere Partner jenseits des Atlantiks zu entlasten. Die Sicherheit Europas und Nordamerikas bleibt unteilbar.



Wir wollen auf Dauer einen zentralen amerikanischen Beitrag zur europäischen Sicherheit. Mit dem Amtsantritt der neuen Administration unter Präsident Biden bietet sich die einmalige Gelegenheit, die transatlantische Partnerschaft weiter zu stärken, neu auszutafeln und mit einer neuen, zukunftsweisenden Agenda zu unterlegen.

## Bauland mobilisieren

Am Donnerstag haben wir in erster Lesung das Baulandmobilisierungsgesetz debattiert. Gegen den derzeitigen Wohnraum-mangel hilft nachhaltig nur Bauen - und zwar so schnell und so umfassend wie möglich. Das kann gelingen, wenn in größerem Umfang als bisher Bauland zur Verfügung steht. Der Mangel an Bauland war in den letzten Jahren der Flaschenhals beim Wohnungsbau.



Der Gesetzentwurf soll vor

allem die Empfehlungen der Baulandkommission umsetzen. Umfangreiche Beratungsergebnisse mit Ländern, Kommunen, Wohnungswirtschaft, Mieterbund und weiteren Sachverständigen sind darin eingeflossen.

Mit dem Baulandmobilisierungsgesetz soll der Wohnungsneubau unterstützt werden. Die Flexibilisierung bestehender Vorschriften, die Erleichterung von Dachaufstockungen, die Stärkung des Nebeneinanders von Wohnen und Gewerbe im

ländlichen Raum und die erneute Erleichterung von kleineren Wohnungsbauvorhaben am Ortsrand sind daher wichtige Teile des Gesetzentwurfes.

Es gibt aber auch offene Baustellen im Gesetzentwurf: Die Wohneigentumsbildung darf nicht durch eine neue Überregulierung behindert werden. Darüber hinaus sollen Investitionsvorhaben nicht durch neue unnötige Planungsinstrumente ausgebremst werden. Wir setzen auf partnerschaftliche Lösungen beim bezahlbaren Mietwohnungsneubau.

## Registermodernisierungsgesetz beschlossen

Endlich keine unnötigen Formulare mehr ausfüllen! Endlich keine Wartezeiten mehr auf dem Amt! Das diesen Donnerstag beschlossene Registermodernisierungsgesetz ist ein echter Meilenstein auf dem Weg zur digitalen Verwaltung. Nicht nur Bürger, sondern auch Unternehmen und Wirtschaft haben darauf gewartet.

Aber das Gesetz hilft nicht nur uns Bürgern. Es hilft auch unseren Verwaltungen, die künftig für Online-Verwaltungsleistungen vernetzt auf längst vorhandene Registerdaten zurückgreifen können. So verringern wir insgesamt die Menge der beim Staat gespeicherten Da-



ten und reduzieren die Zahl fehlerhafter Speicherungen. Wir lassen die Zukunft Einzug halten in die deutsche Verwaltung. Und wir schützen gleichzeitig effektiv vor Datenmissbrauch. Dies ist ein wegweisendes Gesetz.

Damit das Gesetz in der Praxis funktioniert und ausschließlich die Daten der richtigen Person abgerufen werden, braucht es ein eindeutiges Erkennungszeichen. Das ist die bewährte Steuer-ID, die viele schon kennen. Sie sorgt dafür, dass in Zukunft in unseren Verwaltungen nur noch wirklich benötigte Daten abgerufen werden.

In Deutschland haben wir auf allen Ebenen Datenregister.

Diese dezentrale Registerlandschaft schützt vor unzulässigen Datenzusammenführungen. Wir ergänzen diesen Schutz durch das sogenannte Datencockpit und das 4-Corner-Modell. Jeder Bürger kann im Datencockpit sehen, welche Daten von ihm gespeichert und abgerufen werden. Das 4-Corner-Modell sorgt dafür, dass zwei Behörden nicht unmittelbar, sondern nur über eine dritte Kontrollinstanz Daten miteinander austauschen können. Neben der Protokollierung ist auch das ein vorbildlicher Datenschutzstandard, der gleichzeitig Komfort und Schnelligkeit beibehält. Schnell, digital, bürgerfreundlich: So sieht für uns die Verwaltung der Zukunft aus.

## Für fairen Handel

Am Mittwoch haben wir in erster Lesung den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Agrarmarktstrukturgesetzes beraten. Dieser Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/633 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette. Die Richtlinie sieht erstmals einen EU-weiten Mindestschutzstandard zur Bekämpfung von unlauteren Handelspraktiken in der Agrar- und Lebensmittellieferkette vor. Sie ist bis zum 1. Mai 2021 in deutsches Recht umzusetzen.

Faire Verhandlungen in der Lebensmittellieferkette sind

die Basis für gesunde landwirtschaftliche Betriebe und damit für wirtschaftliche Perspektiven in den ländlichen Regionen. Die Umsetzung der UTP-Richtlinie in deutsches Recht, für die wir heute im Deutschen Bundestag den Startschuss geben, bietet die Chance, unfaire Handelspraktiken zu Lasten von Landwirten und ihnen nachgelagerten Unternehmen in Zukunft zu verhindern.

Wir wollen unsere Bauernfamilien vor missbräuchlichen Auswüchsen der Marktkonzentration des Lebensmitteleinzelhandels schützen und künftig unfairen Handelspraktiken einen Riegel vorschieben. Dazu zählen



zum Beispiel Auftragsstornierungen in letzter Minute oder einseitige, rückwirkende Vertragsänderungen. Ein wichtiger Fortschritt ist, dass die Rücksendung nicht verkaufter

Ware ohne Kaufpreiszahlung zu Lasten der Landwirte künftig unterbunden wird. Auch wird es künftig nicht mehr möglich sein, die Lagerkosten des Händlers auf die Lieferanten abzuwälzen. Dafür haben wir uns stark gemacht.

Wir werden die anstehenden Ausschussberatungen jetzt nutzen, um dort wo es nötig ist, nachzusteuern. Zugleich werden wir dafür Sorge tragen, dass die neuen Bestimmungen zügig in Kraft treten können.



AXEL E. FISCHER  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

**«Wir müssen das Virus in den Griff bekommen und abwehren. Das ist die Aufgabe. Und die ist vielleicht hier wichtiger als der Besuch eines Friseurs.»**

(Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) am Donnerstag über die Maßnahmen gegen das Coronavirus)

## Überbrückungshilfe III

Trotz ermutigender Entwicklungen ist die Corona-Pandemie immer noch eine große Gefahr für unser Gemeinwesen, insbesondere

auch mit Blick auf Mutationen. Um die Neuinfektionen weiter abzusenken, haben Bund und Länder am 19. Januar 2021 die

Verlängerung und punktuelle Verschärfung der Shutdown-Maßnahmen beschlossen. Damit einher geht das starke Bekenntnis, den Unternehmen und Beschäftigten in der Krise weiterhin zur Seite zu stehen.

Seit Beginn der Corona-Krise haben wir insgesamt über 75 Milliarden Euro an Hilfen für die Wirtschaft bewilligt und ausgezahlt, mehr als in jedem anderen vergleichbaren Land der EU. Hinzu kommt das Kurzarbeitergeld im Umfang von rund 20 Milliarden Euro sowie das größte Konjunkturpaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Zu den Corona-Hilfen für die Wirtschaft zählt ein breites

Portfolio hilfreicher Instrumente wie KfW-Kredite, Bürgschaften, Garantien, Soforthilfen Überbrückungshilfen, die Novemberhilfe und Abschlagszahlungen bei der Dezemberhilfe.

In Summe ist bei der November- und Dezemberhilfe bis heute ein Gesamtvolumen von rd. 2,8 Milliarden Euro an Abschlagszahlungen geflossen. Bei der Novemberhilfe sind zudem seit dem 12. Januar 2021 rd. 422 Millionen Euro an regulären Auszahlungen durch die Länder überwiesen worden.

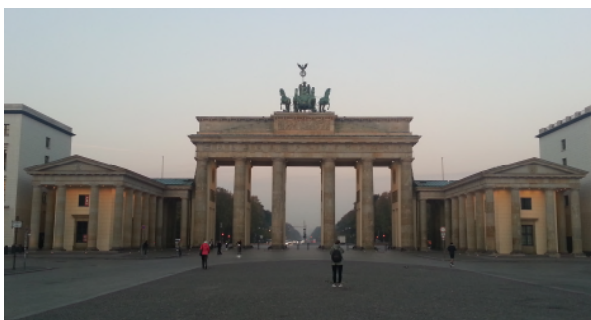
Gleichzeitig setzen wir damit wesentliche Verbesserungen um, auf die wir uns in der Bundesregierung verständigt haben, um die Unternehmen noch besser zu unterstützen. So werden wir die Zugangsvoraussetzungen deutlich vereinfachen und die maximale Förderhöhe sowie die Abschlagszahlungen spürbar erhöhen.

Mit der Anerkennung von Wertverlusten für unverkäufliche oder saisonale Ware als erstattungsfähige Fixkosten unterstützen wir den Einzelhandel. Zudem können Unternehmen Investitionen für die bauliche Modernisierung und Umsetzung von Hygienekonzepten ebenso wie Investitionen in Digitalisierung und Modernisierung als Kostenposition geltend machen, z. B. Investitionen in den Aufbau oder die Erweiterung eines Online-Shops.

Wir wissen, dass viele in der Existenz bedrohte Unternehmen Fragen zu den Überbrückungshilfen III haben. Die Bundesregierung informiert fortlaufend zu den Hilfen auf seiner Webseite:

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Coronavirus/coronahilfe.html>

Einzelheiten zu den Verbesserungen bei der Überbrückungshilfen III finden Sie auch unter diesem link: <https://t1p.de/98d4>



Die Mitarbeiter der Bundesregierung sowie der IT-Dienstleister arbeiten weiterhin mit sehr großem Einsatz daran, die restlichen Auszahlungen rasch zu ermöglichen. Das gilt auch für die Überbrückungshilfen III. Hier werden Abschlagszahlungen ab Februar erfolgen.